

Urbane Landwirtschaft

Positionspapier des Deutschen Städtetages



Urbane Landwirtschaft

Positionspapier des Deutschen Städtetages

ISBN 978-3-88082-361-7

© Deutscher Städtetag Berlin und Köln, November 2021

Titelbild: Markus Spiske / Wikimedia Commons

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	4
1. Vorbemerkungen	5
2. Herausforderungen für die Städte und die Landwirtschaft.....	6
3. Maßnahmen der Städte	8
4. Forderungen an die EU, den Bund und die Länder	11
5. Gute Beispiele urbaner Landwirtschaft	13
Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages zum vorliegenden Positionspapier	15

Vorwort

Welches Potenzial hat die Landwirtschaft in unseren Städten? Klar ist, die traditionelle Landwirtschaft stößt an ihre Grenzen. Neue Konzepte wie Urban Farming, Urban Gardening, solidarische Landwirtschaft oder Mikrolandwirtschaft gehören längst zum Stadtbild. Sie eröffnen neue Möglichkeiten, die Menschen in unseren Städten zu versorgen. Und sie schaffen Lebensqualität durch begrünte Dächer und Fassaden, das Bewirtschaften von ehemaligen Immobilienflächen oder gemeinsam gestalteten Stadtgärten. Dabei sind die Produktionsmethoden häufig umweltgerecht und nachhaltig. Sie heben sich von der industriellen Landwirtschaft ab. Regional angebaute Produkte und auch die gemeinschaftliche Produktion, Weiterverarbeitung und Vermarktung stehen im Fokus.

Damit leisten die Städte auch einen wichtigen Beitrag zum Arten- und Klimaschutz. Sie engagieren sich für die Versorgung kommunaler Einrichtungen mit ökologisch produzierten und regional erzeugten Produkten im Rahmen der nachhaltigen Beschaffung. Sie befördern einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln und Ernährung. In städtischen Netzwerken achten sie gemeinsam auf deren nachhaltige Produktion.

Das vorliegende Positionspapier trägt Beispiele für urbane Landwirtschaft und Ernährungsstile zusammen und formuliert Forderungen der Städte an die EU, den Bund und die Länder. Gleichzeitig werden potenzielle Maßnahmen der Städte für die Unterstützung kleinbäuerlicher urbaner Landwirtschaft vorgestellt.

Ihnen wünsche ich eine anregende Lektüre.



Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages

Urbane Landwirtschaft

**Positionspapier des Deutschen Städtetages – beschlossen
vom Präsidium am 30. Juni 2021 in Berlin**

1. Vorbemerkungen

Die Landwirtschaft ist weltweit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und damit Teil der Globalisierung. Auch in Deutschland prägt die Landwirtschaft weite Teile des Landes und hat in vielen Städten immer noch eine große Bedeutung. Zudem ist Landwirtschafts- und Ernährungspolitik eine Aufgabe, die immer mehr Städte aufgreifen. Zu nennen sind die Bio-Städte oder die Öko-Modellregionen, in denen die Städte oft wichtige Aktivposten sind. Hier gibt es Initiativen rund um das Thema Nachhaltigkeit, die den Ökolandbau, die regionale, umweltfreundliche, nachhaltige Produktion und Vermarktung von Lebensmitteln sowie die Reduzierung der Verschwendung von Lebensmitteln fördern. In den Stadtrandlagen zeichnet sich eine neue Art der Landwirtschaft ab, die mit dem Begriff „urbane Landwirtschaft“ beschrieben werden kann, wozu auch Urban Farming, Urban Gardening, solidarische Landwirtschaft und Mikrolandwirtschaft gehören. Eine regional orientierte Landwirtschaft, ergänzt durch umweltgerechte, nachhaltige Produktionsmethoden, hebt sich hier deutlich von der Massenproduktion ab. Neben der Versorgung mit regional angebauten Produkten hat die urbane Landwirtschaft noch weitere positive Effekte. Das geht von der Verbesserung des Mikroklimas über die Biodiversität bis zur Sensibilisierung für nachhaltige Lebensstile und beinhaltet neue Formen gemeinschaftlicher Produktion, Weiterverarbeitung und Vermarktung. Zudem trägt sie zur Gestaltung und Erschließung der stadtnahen Kultur- und Erholungslandschaften bei.

Im Gegensatz hierzu hat die Industrialisierung der Landwirtschaft grundlegende Veränderungen (extreme Steigerung der Produktivität, Produktion für den Export, gesunkene gesellschaftliche Akzeptanz, erhebliche Umweltauswirkungen etc.) mit sich gebracht. So verursacht die industrielle Landwirtschaft erhebliche Treibhausgasemissionen in Deutschland. Die durch die Landwirtschaft geformte Kulturlandschaft hat ganz wesentlich zur biologischen Vielfalt in Mitteleuropa beigetragen. Durch die Intensivierung und die damit einhergehende Monotonisierung ist die Lebensmittelproduktion heute aber auch einer der bedeutendsten Treiber für den Artenschwund.¹ Ohne Subventionen (in der EU ca. 58 Milliarden Euro im Jahr, davon rund 6 Milliarden für Deutschland) ist die Landwirtschaft auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Die Gewährung von Subventionen lässt sich auf Dauer aber nur dann begründen, wenn nachweisbar gemeinwohlorientierte Leistungen durch die Landwirtschaft generiert werden.

Sowohl traditionelle landwirtschaftliche Nutzungen als auch neue Formen urbaner Landwirtschaft befinden sich in Konkurrenz zu anderen Nutzungen, wie beispielsweise für Freizeit

¹ Vgl. auch Kommission Landwirtschaft am Umweltbundesamt: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/190917_uba_kp_landwirtschaft_quovadis_bf.pdf.

oder Bebauung. Auch Zielsetzungen zur Verbesserung der Biodiversität oder Ökologie können im Widerspruch zu den Erfordernissen der Landwirtschaft stehen. Die Abwägung im Einzelfall erfordert einen breiten gesellschaftlichen Konsens und klare politische Prioritäten vor Ort.

Das nachfolgende Positionspapier stellt daher die aktuellen Herausforderungen dar, schildert potenzielle Maßnahmen der Städte und formuliert Forderungen der Städte an die EU, den Bund und die Länder. Abgerundet wird das Positionspapier mit einer Darstellung von guten Beispielen aus den Städten.

2. Herausforderungen für die Städte und die Landwirtschaft

a) Rahmenbedingungen:

- In vielen Städten ist ein erheblicher Teil der bewirtschafteten Flächen nicht im Besitz der Landwirte, sondern gepachtet. Der Erwerb von Grundstücken gilt zunehmend als Geldanlage. Grundstücke werden auch von der öffentlichen Hand (zum Beispiel Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) meistbietend veräußert/verpachtet.
- Für landwirtschaftliche Betriebe besteht eine unsichere Zukunftsperspektive durch die zunehmende Inanspruchnahme der Außenbereiche, insbesondere in den Ballungsräumen.
- Ausgleichsmaßnahmen, sofern sie auf bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen stattfinden, bedeuten zusätzlichen Flächenentzug für die Landwirtschaft. In Abhängigkeit von der Art der Ausgleichsmaßnahme und dem Eingriff sollte eine enge Kooperation mit den Landwirten zur Kompensation des Einkommensverlustes erfolgen.
- Die bauliche Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Böden, die eine hohe ökologische Bedeutung haben, ist irreversibel. Ein Ausgleich des Schutzguts ist nicht adäquat möglich.

b) Bürokratie und Förderung:

- Die Industrialisierung und Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe aufgrund falscher Förderanreize, des wirtschaftlichen Drucks und höherer Standards nimmt weiter zu mit negativen Auswirkungen (zum Beispiel Verlust der Biodiversität) auf die städtische Umwelt.
- Kleinbäuerliche urbane Landwirtschaft ist oftmals weder konkurrenzfähig, noch bildet sie eine sichere Existenzgrundlage. Auf der anderen Seite bieten sich neue Einnahmelmöglichkeiten durch z.B. Direktvermarktung, Umweltpädagogik, Konzepte der Mikro- und solidarischen Landwirtschaft oder Krautgärten.

- Individuelle Betriebskonzepte stoßen meistens auch auf große Hürden hinsichtlich regionaler Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte durch hohe (EU-) Anforderungen an die kleineren Verarbeitungsbetriebe (zum Beispiel eigene Schlachtung).
- Es besteht ein hoher bürokratischer Aufwand aufgrund verschiedenster Rechtsvorschriften. Subventionen erfolgen an falscher Stelle und verfehlen ihre Wirkungen. So kann das „Greening“ in seiner bisherigen Ausprägung als für die Biodiversität weitgehend wirkungslos bezeichnet werden.

c) Bevölkerung und Wertschätzung:

- Insbesondere in Ballungsräumen ist die gesellschaftliche Akzeptanz für die Landwirtschaft auf Grund von Unkenntnis über die erforderlichen Betriebsabläufe und Anlagen der Landwirtschaft noch nicht hinreichend ausgeprägt. Zudem mangelt es manchmal an der erforderlichen Rücksichtnahme für landwirtschaftliche Nutzflächen und deren Kulturen. Dazu kommt die Konkurrenz (Nutzungskonflikten) zwischen freizeit- und landwirtschaftlichen Verkehren, insbesondere auf den Wirtschaftswegen. Die Nahrungsmittelpreise sind vielfach nicht auskömmlich, was zum einen in der Verantwortung des Konsumenten („Billig-Mentalität“) liegt und zum anderen in der Verantwortung des Handels, der durch Preiswettbewerb massiven Druck auf die Erzeuger ausübt.
- Zudem ist ein Vertrauensverlust zwischen Städten, Bewohnern und Landwirtschaft im Hinblick auf Grundwasserbelastungen, Biodiversität und Fragen des Tierwohls festzustellen, nicht zuletzt aufgrund fehlender Kenntnisse und Aufklärung über die Ursachen von Missständen.
- Die Zahl der Hof-Nachfolger in der Landwirtschaft geht wegen schlechter Perspektiven und unzureichender Entlohnung weiter zurück. Es fehlt an Existenzgründungs- oder Quereinsteigerprogrammen für die Landwirtschaft.
- Neben den privilegierten landwirtschaftlichen Betrieben entstehen zunehmend gewerbliche landwirtschaftliche Betriebe, bei denen die Trennung von Tierhaltung und Fläche erhebliche Folgewirkungen verursachen. Die Gesetzgebung hat diesen Trend noch nicht systematisch aufgearbeitet.
- Die Ausweitung der Intensivlandwirtschaft seit dem 2. Weltkrieg hat zu einem starken Rückgang von biodiversitätsrelevanten Flächen und Strukturen, d.h. zum Habitatverlust vieler Arten, geführt. Zudem führen hohe Stoffeinträge durch Intensivlandwirtschaft auch in angrenzenden Flächen zum Rückgang der Biodiversität.

3. Maßnahmen der Städte

a) Urbane Landwirtschaft sollte hauptsächlich folgende Funktionen haben:

- Versorgung der Bevölkerung mit regional produzierten hochwertigen Nahrungsmitteln ohne lange Transportwege, sowie mit möglichst geringen ökologischen und sozialen Folgekosten.
- Erhalt, Pflege und Wiederherstellung einer artenreichen Kulturlandschaft mit standortangepasster Bewirtschaftung unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte.
- Landwirtschaftlich genutzte Räume sollen für die Bevölkerung attraktiv für eine rücksichtsvolle Naherholung sein.
- Erhöhung der Wertschätzung durch Aufklärung über den rücksichtsvollen Umgang mit Kulturlandschaften, die zur Nahrungs- und Futtermittelproduktion dienen und Stärkung der Umweltbildung: Erfahrungsraum für Kinder und Erwachsene.
- Freihaltung von stadtklimarelevanten Kaltluftentstehungsgebieten.

b) Auf dieser Basis bieten sich folgende Maßnahmen an:

- Flächensparen durch Flächenkreislaufwirtschaft, da Eingriffe in landwirtschaftliche Flächen zu weiterer Intensivierung führt.
- Erarbeitung einer Ernährungs- und Landwirtschaftsstrategie für die Versorgung mit regionalen und hochwertigen Lebensmitteln. Landwirtschaft und Ernährung sollten in den integrierten Stadtentwicklungskonzepten ebenfalls berücksichtigt werden.
- Erarbeitung sachgerechter Vorgaben oder Kriterien für Pachtverträge i. V. m. einer Pachtreduzierung zur Sicherung des Einnahmeausfalls im Zusammenhang mit besonderen ökologischen Leistungen wie zum Beispiel Düngungsverzicht, Randstreifenprogramm, Pestizidverzicht etc., die kontrollierbar sind und nicht durch andere Programme (EU, Bund, Land) unterstützt werden.
- Pachtverträge über gemeindliche Grundstücke sollten generell die Möglichkeit von Pachtauflagen zum Arten-, Boden- und Grundwasserschutz enthalten.
- Pachtverträge sollten aus Gründen der Planungssicherheit und der Betriebsentwicklungsperspektiven möglichst über längere Zeiträume gelten. Dies hilft insbesondere angehenden Biobetrieben bei der Umstellung auf biozertifizierten Anbau. Neben den Städten sind hier auch die Privateigentümer gefordert.
- Es sollte eine auf die natürliche regionale Situation in Bezug auf u.a. Bodengüte und Klima ausgerichtete Produktion angestrebt werden (entsprechende Regelungen in den Pachtverträgen).

- Sensibilisierung der politischen Entscheidungsträger für die landwirtschaftlichen Belange und der hohen Bedeutung der Landwirtschaft für den Arten- und Naturschutz, um eine erfolgreiche Landwirtschaft im urbanen Raum zu sichern.
- Sensibilisierung der Gesellschaft für die Hochwertigkeit von regional erzeugten und verarbeiteten Lebensmitteln sowie landwirtschaftlicher Kulturlandschaften (zum Beispiel im Hinblick auf die ordnungsgemäße Entsorgung, Rücksichtnahme beim Betreten landwirtschaftlicher Flächen in der Vegetationsperiode, bei der Nutzung von Wirtschaftswegen etc.).
- Kooperationen zur Schaffung und Pflege von Naturerlebnisflächen, landwirtschaftliche Lehrpfade oder ähnlichen Projekten. Hierdurch können Nutzungskonflikte abgebaut und das gegenseitige Verständnis gefördert werden.
- Förderung der Entwicklung einzelner Betriebe mit einem Betriebszweig Landschaftspflege bis hin zu Landschaftspflegebetrieben mit ausreichenden Flächen und einem entsprechenden Förderungsmix sowie möglichen Synergieeffekten, zum Beispiel in Kombination mit Tierhaltung.
- Erhalt und Unterstützung von Betrieben, die (städtische) Flächen sinnvoll bewirtschaften und den Ertrag im Betrieb verwerten können – zum Beispiel tierhaltende Betriebe auf Wiesen anstelle einer aufwändigen und teuren Pflege.
- Nutzungen des Potentials von Wegerändern, zum Beispiel durch Umwandlung in Blühflächen.
- Landwirtschaftlich genutzte Flächen mit hoher Bodenqualität sind besonders wertvoll. Entsprechend sind diese bei der Planung und Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen sensibel zu behandeln.
- Aufbau von Organisationen (wie die Stiftung Rheinische Kulturlandschaft, Landschaftspflegeverbände), die landwirtschaftlichen und naturschutzfachlichen Sachverstand, Flächenbereitstellung, Maßnahmenumsetzung und Monitoring bieten.
- Akzeptanz des Handels und der Gesellschaft von natürlichen Nahrungsmitteln fördern (zum Beispiel Verformungen, B-Ware, saisonale Unterschiede beim Angebot, Vermarktung auch von Kleinstmengen möglich – insbesondere bei regionaler Vermarktung).
- Die Konsumenten von Lebensmitteln tragen eine Mitverantwortung für die Art der landwirtschaftlichen Produktion. Über das Konsumverhalten lässt sich der Umgang mit den natürlichen Ressourcen in der Landwirtschaft steuern. Das Konsumverhalten kann über entsprechende Aufklärungsarbeit und die Vergabe von Labels beeinflusst werden.
- Die Städte sind mit eigenen Einrichtungen selbst bedeutende Konsumenten von Lebensmitteln. Bei Veranstaltungen (Kultur, Sport, u. a.) und Märkten auf öffentlichen

Flächen können sie als Veranstalter maßgeblich das Essensangebot beeinflussen. Die Vorbildfunktion kann hier durch gezielte Bildungsarbeit gestärkt werden und dabei das Angebot von regionalen Lebensmitteln kontinuierlich erweitert und der Bioanteil stark erhöht werden.

- Städte sind wichtige Absatzmärkte für die im Umland liegende Landwirtschaft und weiterverarbeitenden Betriebe, insbesondere dem Lebensmittelhandwerk. Wie die Bio-Städte, „essbare Städte“ und Öko-Modellregionen zeigen, ist es über Marketing, Vermarktungsprojekte, Vernetzung möglich, der regionalen und ökologischen Landwirtschaft interessante wirtschaftliche Perspektiven zu bieten.
- Aufwertung von Landwirtschaft, Lebensmitteln und Ernährung in der (vor)schulischen Bildung, insbesondere durch Einrichtung und Ausbau von Schulgärten und pädagogischen Küchen in Schulen.
- Reduzierung der Verschwendung von Lebensmitteln muss durch Bund, Länder und Kommunen gefördert werden.
- Förderung des ursprünglichen Sinns von Biogasanlagen – weniger Flächenkonkurrenz von Nahrungs- und Energiepflanzen; Synergie durch Gülle Hygienisierung zur Ausbringung zum Beispiel in Wasserschutzgebieten (bei unproblematischen Nitratwerten).
- Tierhaltungskoppeln mit ausreichenden Flächengrößen für eine ausgeglichene Nährstoffbilanz und den Erhalt der Flächen in einem guten ökologischen Zustand (Kontrolle durch unabhängige Behörden).
- Humusfördernde Bewirtschaftung erhöht CO₂-Speicher sowie Wasserspeicher, zum Beispiel durch folgende Maßnahmen:
 - Erhalt von Dauergrünland
 - Umwandlung von Ackerland zu Dauergrünland
 - Begrünung in Dauerkulturen
 - Schutz der Mooregebiete
 - Zwischenfrüchte und Untersaaten für eine möglichst ganzjährige Begrünung des Bodens sowie der Anbau mehrjähriger Kulturen, wie zum Beispiel Klee gras oder Verbleib von Ernteresten auf dem Acker
- Zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele gilt es die Versiegelung und Bebauung von Flächen weiter zu reduzieren. Dies bedeutet konkret, weniger Flächen für Siedlungen und Verkehr zu beanspruchen und fruchtbare Böden zu erhalten.
- Sensibilisierung für die Ökosystemleistungen, die von un bebauten landwirtschaftlichen Flächen geleistet werden.
- Stärkere Sensibilisierung auf das Schutzgut „Boden“ und den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit.

- Unterstützung der Landwirtschaft bei der Erschließung neuer Tätigkeitsfelder
- Verstärkte Einbindung der Landwirtschaft in die Entwicklung integrierter Landnutzungskonzepte
- Unterstützung neuer Kooperationsformen, zum Beispiel zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern, beispielsweise im Rahmen von genossenschaftlichen und solidari-schen Projekten.
- Ermöglichung von urbaner Landwirtschaft auf Kleinstflächen sowie in oder auf Ge-bäuden und an Fassaden. Unterstützung privater und gewerblicher Eigentümer sowie bürgerschaftlichen Initiativen bei der lokalen Produktion von Lebensmitteln, u.a. durch Urban Gardening.

4. Forderungen an die EU, den Bund und die Länder

- Weiterer Umbau des EU-Vergütungssystems: Öffentliche Gelder verstärkt für spezifi-sche Leistungen mit dauerhaftem, ökologischem und artenschutzbezogenem Mehrwert. Keine Gießkannenförderung nach Betriebsgröße entsprechend den Flä-chenpauschalen der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).
- Konkretisierung und baldige Umsetzung des EU-Konzepts „Vom Hof auf den Tisch“ zur Entwicklung eines fairen, gesunden und umweltfreundlichen Lebensmittelsys-tems.
- Umsetzung der Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft.
- Wirkungsvolle Reform des Vergaberechts in Bezug auf Pflegeverträge von kommuna-len Freiflächen mit privaten Landwirten zur Sicherung und Förderung der urbanen Landwirtschaft.
- Pauschale Flächenzahlungen durch Honorierung konkreter gesellschaftlicher Leistun-gen ersetzen, zum Beispiel tiergerechte Haltung von Nutztieren, Erhalt der biologischen Vielfalt in der Fläche, Sicherung vielfältig strukturierter Kulturlandschaf-ten.
- Erhaltung von artenreichem Dauergrünland und Reinhaltung der Gewässer.
- Förderung der ländlichen Entwicklung an einer Qualitätsstrategie ausrichten sowie stärker die Stadt-Land-Vernetzung fördern (2. Säule des GAP).
- Bei Ausschreibungen (zum Beispiel Beschaffung von Lebensmitteln oder Schulverpfle-gung) sollte durch Erhöhung der Schwellenwerte für die Vergabe auf den Zwang verzichtet werden, europaweit ausschreiben zu müssen. Dagegen sollte Regionalität ermöglicht und befördert werden.

- Förderung nach den natürlichen Standort-Bedingungen ausrichten.
- Stärkung kleiner und mittlerer Betriebe, insbesondere in Landwirtschaft und Lebensmittelhandwerk.
- Verstärkte Förderung neuer Formen landwirtschaftlicher Nutzungen, wie beispielsweise der solidarischen und Mikrolandwirtschaft
- Subventionierte Exporte dürfen in den Entwicklungsländern nicht den lokalen Anbau und die lokalen Märkte stören.
- Beim Import insbesondere von Futtermitteln sollen die EU-Standards zu Grunde gelegt werden.
- Bürokratieabbau bei Ökosystemleistungen (zum Beispiel geringere Nachweisaufwand), um entsprechende Programme attraktiver zu gestalten.
- Verpflichtung 10 Prozent bis 20 Prozent der Betriebsfläche nach den Vorgaben des Naturschutzes zu unterhalten. Auch hier müssen Subventionen eine Auskömmlichkeit für den Betrieb sichern.
- Verbot oder zumindest starke Einschränkungen der Verwendung von Agrarchemie und gleichzeitig Förderung biologischer Anbaumethoden auf und angrenzend zu naturschutzfachlich hochwertigen und sensiblen Flächen und Gewässern.
- Fortführung der Förderung von Bio-Städten, Öko-Modellregionen sowie Regional- und Ernährungsinitiativen.
- Finanzielle Abfederung klimawandelbedingter, existenzgefährdender Wetterextreme.
- Stärkung regionaler Wirtschaftsketten.
- Unterstützung von landwirtschaftlichen Betrieben bei der Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung.

5. Gute Beispiele urbaner Landwirtschaft

Stadt Darmstadt:

- Hofgut Oberfeld: <https://www.initiative-oberfeld.de/>

Stadt Freiburg:

- Vereinbarung Pestizidverzicht und Biodiversitätsberatung auf städtischen landwirtschaftlichen Pachtflächen: <https://www.freiburg.de/pb/1447547.html>
- Extensive Beweidung von urbanen Grünflächen in Kooperation mit Viehhaltern und Landwirten: <https://www.freiburg.de/pb/1413551.html>
- Extensive Beweidung mit Wasserbüffeln im Naturschutzgebiet Rieselfeld: <https://www.freiburg.de/pb/1273605.html>
<https://www.badische-zeitung.de/eine-herde-wasserbueffel-fuer-biologische-vielfalt-154121295.html>

Stadt Gelsenkirchen:

- Glück-Auf Park Hassel: https://www.gelsenkirchen.de/de/Infrastruktur/Umwelt/Landschafts- und Naturschutz/doc/2021_07_13_GE_Gl_kauf_Park_Hassel.pdf

Stadt Köln:

- Konzept „Essbare Stadt“ <https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/freizeit-natur-sport/wald/urban-gardening>
- Ernährungsrat / Ernährungsstrategie <https://www.ernaehrungsrat-koeln.de/ernaehrungsstrategie/>
- STERN Kita (Ernährungsbildung): <https://stern-kita.koeln/>
- Sternekochen für Jugendliche an Kölner Schulen <http://www.stadt-koeln.de/wertschaetzung-von-lebensmitteln>
- RegionalWert AG (Bürgeraktiengesellschaft zur Förderung nachhaltiger Landwirtschaft und Ernährung): <https://www.regionalwert-rheinland.de/>
- Schulgärten <http://www.stadt-koeln.de/gaertnern-mit-paenz>
<https://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/klima-umwelt-tiere/umweltbildung/koelner-schulgarten-netzwerk>

- Projektgruppe Ernährung und Konsum im Klimarat
<https://www.stadt-koeln.de/artikel/69774/index.html>

Stadt Mönchengladbach:

- Essbare Wildpflanzen Parks-Ewilpa (Urban Gardening): <https://ewilpamg.com/>

Stadt Nürnberg:

- Biometropole Nürnberg: www.die-biometropole.de

Stadt Pirmasens:

- Vernetzung urbane Baugebiete – Landwirtschaft
Link fehlt (Frau Deutschmann am 22.7. angeschrieben)

Stadt Potsdam:

- Beweidungsmanager – von der Landschaftspflege bis zur Vermarktung von Wasserbüffeln: <https://www.doeberitzerheide-galloways.de/index.php>
- Potsdamer SauenHain – das ehrliche Schwein direkt vom Erzeuger
<https://www.potsdamer-sauenhain.de/>
- die Ackerdemia e.V. – GemüseAckerdemie: Für eine Generation, die weiß, was sie isst: <https://www.gemueseackerdemie.de/>

Mikro Landwirtschaft - die Plattform für gemeinschaftlichen Gemüseanbau:

<https://www.mikrolandwirtschaft.org/>

NABU:

- Beratungsangebot Fairpachten: <https://www.fairpachten.org/kommunen>

Netzwerk der Bio-Städte: www.biostaedte.de

Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages zum vorliegenden Positionspapier

1. Das Präsidium begrüßt die zunehmende Bedeutung einer regional orientierten Landwirtschaft für die Städte. Umweltgerechte Produktionsmethoden stellen einen wichtigen Beitrag für eine gesunde Ernährung der Bürgerinnen und Bürger dar, verbessern das Mikroklima, fördern die Artenvielfalt, das Verständnis von Kindern und Jugendlichen für nachhaltige Ernährung und die Natur. Zugleich sensibilisieren sie für einen nachhaltigen Lebensstil, der die Verschwendung von Lebensmitteln reduziert.
2. Das Präsidium spricht sich dafür aus, die Gewährung von Beihilfen oder Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft stärker an nachweisbar gemeinwohlorientierte und die Biodiversität fördernde Leistungen zu binden.
3. Das Positionspapier zur Urbanen Landwirtschaft beschreibt die Herausforderungen für die Städte und die Landwirtschaft, stellt mögliche Maßnahmen der Städte dar und skizziert zudem Handlungserfordernisse von EU, Bund und Ländern. Es bietet somit eine gute Grundlage für Landwirtschafts- und Ernährungskonzepte der Städte.

Herausgeber

Deutscher Städtetag

Kontakt in der Hauptgeschäftsstelle

Beigeordneter Detlef Raphael

Hauptreferent Axel Welge, E-Mail: axel.welge@staedtetag.de

Hauptgeschäftsstelle Berlin

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030 37711-0

Hauptgeschäftsstelle Köln

Gereonstraße 18 - 32
50670 Köln
Telefon 0221 3771-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de
Twitter: www.twitter.com/staedtetag